

Das Statut regelt die Pflichten und Rechte

Kommunist zu sein — das ist eine große Ehre und Verpflichtung. Stets gilt es, sich dieses Namens würdig zu erweisen. In die Reihen unseres marxistisch-leninistischen Kampfbundes wird nur aufgenommen, wer sich freiwillig und bewußt zum Programm und zum Statut der SED bekennt. Genosse zu sein, das bedeutet, die Politik der Partei aktiv im täglichen Leben zu verwirklichen, in einer Grundorganisation tätig zu sein, sich den Beschlüssen der Partei unterzuordnen, sie durchzuführen sowie regelmäßig die festgelegten Beiträge zu zahlen.

Im März und April dieses Jahres finden nun — anlässlich der von der 11. Tagung des ZK beschlossenen Kontrolle der Parteidokumente — kamerad-

schaftliche Gespräche mit den Genossen in den Grundorganisationen statt. Der Sinn dieser Aussprachen besteht gerade darin, daß alle Kommunisten darlegen, „wie sie ihre Pflichten und Rechte auf der Grundlage des Parteistatuts wahrnehmen und wie sie künftig an der Verwirklichung der Parteibeschlüsse teilnehmen wollen“.¹ Damit wird betont: Das Statut ist das Grundgesetz des Handelns der Kommunisten unseres Landes. In seinem Abschnitt I ist geregelt, worin die Pflichten und Rechte eines Parteimitglieds bestehen. Dieser „Paragraph 1“, wie Lenin ihn nannte, ist das Maß, mit dem jeder gemessen wird, der in den Reihen der über zwei Millionen Kommunisten unseres Kampfbundes wirkt.

Im Zentrum steht die Realisierung der Beschlüsse

Im Zentrum der Pflichten eines Genossen steht immer und überall der kämpferische Einsatz für die Realisierung der von der Partei beschlossenen Politik. Dabei ist die Arbeit in der Produktion die wichtigste Sphäre, in der sich das parteimäßige Verhalten des Genossen zeigt. Das Statut stellt darum den Mitgliedern die Aufgabe, „unablässig die Deutsche Demokratische Republik zu stärken, für ein hohes Entwicklungstempo der sozialistischen Produktion, die Erhöhung der Effektivität, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt und das Wachstum der Arbeits-

Produktivität zu wirken...“² Was es heute konkret heißt, in diesem Sinne zu wirken, dafür hat am Beginn der achtziger Jahre die 11. Tagung des ZK entscheidende Akzente gesetzt. Wenn die Stärkung der ökonomischen Leistungsfähigkeit unseres Landes die zentrale Frage geworden ist, wenn der Weg dazu nur über einen steilen Anstieg der Arbeitsproduktivität führt, was eine höhere Wirksamkeit von Wissenschaft und Technik voraussetzt — dann bedeutet das für jeden Kommunisten, seine Aktivität an diesen Maßstäben abzulesen. Jeder Genosse wird sich selbst

prüfen, und er wird von seiner Leitung danach eingeschätzt werden, wie er sich in seinem Partei- und Arbeitskollektiv konsequent für die Realisierung dieser Aufgaben einsetzt. Dabei kann der persönliche Anteil, den jeder zu leisten hat, um das Kampfprogramm seiner Grundorganisation zum Plan 1980 zu erfüllen, ganz unterschiedlicher Natur sein. Immer aber ist wesentlich, wie der Genosse mit seinen Ideen, seiner schöpferischen Initiative, seinem Vorbild den Parteeinfluß geltend macht, damit alle Werktätigen den wissenschaftlich-technischen Fortschritt, die sozialistische Rationalisierung zu ihrer eigenen Sache machen, um hohe Zuwachsraten zu erreichen, damit das bedeutende materielle und geistige Potential der DDR voll für die weitere Verwirklichung der Politik der Hauptaufgabe ausgeschöpft wird. Das gilt übrigens nicht nur für die Genossen in Industrie, Bauwesen oder Landwirtschaft. Es gibt heute keinen gesellschaftlichen Bereich mehr, der nicht in irgendeiner Weise mit der Produktionssphäre verbunden ist. Viele Kommunisten gehören also zu den Initiatoren im Wettbewerb zur Erfüllung und Überbietung der Ziele des Volkswirtschaftsplanes 1980. Sie gehen bei der Übernahme von Verpflichtungen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität voran, orientieren sich dabei an neuen Maßstäben. Sie treten entschlossen für eine höhere Effektivität und Qualität der Arbeit ein, erschließen vorhandene Reserven, streben nach beispielhaften Ergebnissen in der Materialökonomie, bei der Senkung der Kosten.